

**Königsbronn talks: "Now the window of opportunity is there for us to grab it".**

**Königsbronn talks are a well-known tradition for the German security sector and the education forum of the DBwV is one of the organisers. The discussions were driven by the war in the Ukraine but nevertheless important topics like the climate and environment policies were also debated. The overall conclusion was that talking is relevant but now we need actions.**

Wie verändert das Klima unsere Außenpolitik? Der Krieg in der Ukraine hat zwar die Diskussion ums Klima einerseits in den Hintergrund gedrängt, andererseits aber auch offengelegt, wie sehr Europa und insbesondere Deutschland von der Lieferung fossiler Energieträger aus Russland abhängig ist – die Suche nach Alternativen zu Öl, Gas und Kohle hat damit eine neue, sicherheitspolitische Dimension erreicht. So stand die neunte Auflage der Königsbronner Gespräche ganz im Zeichen der neuen Herausforderungen der Klimaaußenpolitik.

Die Königsbronner Gespräche sind schon eine gute Tradition im Bereich der sicherheitspolitischen Veranstaltungen in Deutschland. Auch im zehnten Jahr war der Austragungsort die alte Hammerschmiede der Ortschaft im Kreis Heidenheim in Baden-Württemberg, die Veranstalter erneut der Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter, die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes. Dennoch war vieles in diesem Jahr anders: Der brutale Krieg Russlands in der Ukraine hat alte Ängste in Europa wiederbelebt. Ängste, dass der Weltfrieden bedroht ist, aber auch Ängste angesichts der deutschen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland, zusätzlich befeuert durch steigende Energiepreise.

In seinem Eingangsstatement sagte Prof. Dr. Franz-Josef Radermacher, Wissenschaftler an der Universität Ulm, dass die Debatte um die Klimapolitik ein „schwieriges, aber kein neues Thema“ sei. Seit mehr als 50 Jahren werde weltweit über Klima- und Umweltpolitik geredet – zu oft aber eben nur geredet: „Wir sind besonders gut darin, zu reden und zu reden und zu reden. Das Geschwalle unseres Redens hört nie auf“, stellte Rademacher fest und betonte: „Wir seien zwar jetzt alle erschüttert, dass es wieder Krieg gibt. Aber: auf diesem Globus gab es schon immer Krieg. In Äthiopien sterben aktuell täglich mehr Menschen als in der Ukraine – es interessiert nur keinen.“ Der Konflikt im östlichen Afrika sei eben weit weg. Radermacher: „Das ist auch dominierende Bild beim Klima.“

Wenn Deutschland sich nun in der Klimapolitik Ziele stecke, hätten diese keinen oder nur wenig Einfluss auf die die Entwicklung des Weltklimas, unterstrich der Wissenschaftler und nannte als Beispiel den geplanten Kohleausstieg, sei es bis 2030 oder bis 2038: „Wir sparen unter unendlichen Schmerzen 40 Gigawatt ein.“ Dabei habe China allein in 2019 und 2020 40 Gigawatt in Betrieb genommen und könne auch gar nicht auf Kohlekraftwerke verzichten, so Radermacher, der von

Narrativen spricht, die wenig mit der Realität zu tun haben, etwa in Bezug auf vermeintlich geringe Kosten der Produktion grünen Stroms.

Für den DBwV nahm Oberstleutnant i.G. Marcel Bohnert in Vertretung des Bundesvorsitzenden, Oberst André Wüstner, an der Veranstaltung teil. Der Zweite Stellvertreter des Bundesvorsitzenden bezeichnete den russischen Einmarsch in die Ukraine als eine tiefe Zäsur, deren langfristige Folgen man heute noch gar nicht abschätzen könne. Klimawandel, Umweltpolitik, Energiewende, angestrebte Unabhängigkeit von Russland: Vor dieser gesamtgesellschaftlichen Verantwortung könne sich auch die Bundeswehr nicht entziehen, betonte Bohnert. Auf der anderen Seite steht das angekündigte 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr, um diese wieder in die Lage zur Landes- und Bündnisverteidigung zu versetzen. „Diese beiden Pole stehen sich erstmal gegenüber, unvereinbar sind sie aber nicht“, sagte der Stabsoffizier. Bereits jetzt werde innerhalb der Bundeswehr mehr für den Umweltschutz getan, als es vielen Außenstehenden bewusst sei, so Bohnert. Mit den Folgen des Klimawandels seien die Soldatinnen und Soldaten nicht nur in den Einsätzen konfrontiert, sondern auch in der Heimat, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende und verwies auf den Einsatz der Bundeswehr bei der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im vergangenen Sommer.

Bevor es im Panel in die Diskussion ging, warf Oberstleutnant i.G. Bohnert eine These in den Raum: „Die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr kann nur dann gewährleistet werden, wenn sie kampfkraftig ist, wenn sie eine hohe Einsatzbereitschaft hat und genau dort muss auch unsere Priorität liegen. Die Fragen des Umweltschutzes müssen mit dabei sein, aber der Fokus muss auf die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gemünzt sein, so Bohnert. Die Bundeswehr dürfe sich nicht in ideologische Debatten zu tief reinziehen lassen, sondern müsse immer im Worst-Case-Szenario denken.

Auf dem Podium diskutierte Bohnert dann mit der Wehrbeauftragten Eva Högl, dem Historiker Prof. Sönke Neitzel und der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Lindholz. Die Wehrbeauftragte wies ebenfalls darauf hin, dass die Bundeswehr in Sachen Umweltschutz sehr aktiv sei – selbst im Einsatz. Högl verwies etwa auf die Nutzung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Bundeswehr-Stützpunkt in Niamey in Niger. Nun stelle sich auch die Frage: Welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine auf die Entwicklung der Klimapolitik? Oder: Steht das Thema Einsatzbereitschaft der Bundeswehr im Widerspruch mit Klima- und Umweltschutz? Högl machte deutlich, dass sie die Stärkung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte eher als Chance sieht, das Erreichen von Zielen im Klimaschutz zu beschleunigen. Mit Blick auf das von Bundeskanzler Scholz versprochene 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr sagte Högl, dass man auch darauf achten müsse, dass dieses Geld im Sinne des Klimaschutzes ausgegeben wird. „Die Bundeswehr kann auch Treiber sein für Innovation“, so Högl.

Der prominente Historiker der Universität Potsdam, Prof. Neitzel, betonte, dass man anders als in der aktuellen Lage in der Vergangenheit den Kernauftrag der Bundeswehr, also Landes- und Bündnisverteidigung, nicht wirklich ernst genommen habe. Mit Blick auf die „Zeitenwende“ und die Wiedererlangung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr gab sich Neitzel skeptisch. Das Problem sei nicht die Bevölkerung, sondern die politische Kultur in Deutschland, so der Historiker. In der Realitätswahrnehmung sei der Bundestag den Entwicklungen immer hinterhergehinkt. Dass die „Zeitenwende“ gelingt, liege nun in den Händen des gesamten Kabinetts und insbesondere des Bundeskanzlers, so Neitzel.

Für die Bundestagsabgeordnete Andrea Lindholz steht auch eine Stärkung des Zivilschutzes in Deutschland auf der To-do-Liste, damit sich die Bundeswehr künftig wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren könne. Dafür müsse jedoch zusätzliches Geld aufgebracht werden.

Auch Oberstleutnant i.G. Bohnert äußerte die Befürchtung, dass das 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr mehr und mehr verwässert werden könnte. „Wir sehen es in der aktuellen Debatte, dass es weiter aufweicht“, sagte Bohnert, der aber dennoch auf ein Gelingen des Projekts „Zeitenwende“ hofft: „Jetzt ist das Zeitfenster, das Momentum, da, in dem wir es packen können.“

Im Anschluss standen die Panel-Teilnehmer dem Publikum für die Beantwortung einer ganzen Reihe von Fragen zur Verfügung. Themen wie die Lieferung von Waffen an die Ukraine, Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr, um ausreichend geeignetes Personal zu gewinnen, oder etwa Wiedereinführung der Wehrpflicht zeigen, dass das Thema Sicherheitspolitik wieder in den Fokus der Bevölkerung gerückt ist. Viele junge Menschen, wie in den Vorjahren auch wieder ganze Schulklassen, verfolgten und beteiligten sich an der Diskussion.

### **BundeswehrVerband welcomes more than 500 guests**

**The DBwV organised its annual parliamentary evening with more than 500 guests like security and defence ministers, politicians and representatives from the different parties. Defence minister Pistorius and DBwV Chairman Wüstner held just two of the interesting speeches on that evening. Both mentioned the big and still growing relevance of the armed forces for the society.**

Berlin. Mehr als 500 Gäste, ein blendend aufgelegter Bundesvorsitzender und ein Verteidigungsminister, der atemlos zwischen Sudan-Einsatz, wichtigen Amtsgeschäften in Madrid und der Begrüßung der heimkehrenden Truppen am Freitag in Wunstorf als Ehrengast des DBwV seine

erste Rede vor so großem Publikum beim BundeswehrVerband hielt: Der zweite Parlamentarische Abend des Verbandes nach Corona und mitten in der Zeitenwende war das Ereignis im politischen Berlin. Treffpunkt war wieder das Museum für Kommunikation in Berlin-Mitte.

Mehr als 70 Abgeordnete des Deutschen Bundestages folgten der Einladung des DBwV, zahlreiche Staatssekretäre, Generale und Admirale, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften waren Gäste eines Abends, der für die Anwesenden Vergnügen und Pflicht zugleich ist - ein Abend des Wiedersehens, der Verbindung und des Netzwerkens.

Wer die wachsende Bedeutung der Bundeswehr in der Gesellschaft fühlen und erleben wollte, der konnte das während dieses Parlamentarischen Abends, bei dem natürlich der erfolgreiche Einsatz der Bundeswehr bei der Evakuierungsaktion aus dem Sudan das beherrschende Thema war. „Eine Rettungsmission, die deutlich gemacht hat, dass die Bundeswehr mit guter Ausstattung und moderner Ausrüstung jede Aufgabe meistern kann“, wie der Bundesvorsitzende Oberst André Wüstner anerkennend sagte. Auch deshalb bleiben die Zeitenwende mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr, der Krieg in der Ukraine und die Konsequenzen für die Truppe die beherrschenden Themen.

Zahlreiche Politiker, unter ihnen auch Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz (SPD), waren gefragte Gesprächspartner bei den Gästen aus der Truppe, die mit vielen guten Argumenten für mehr Geld im Verteidigungshaushalt geworben haben. Aus dem Zentrum der Macht in Berlin gaben sich die Parteivorsitzenden Lars Klingbeil (SPD) und Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) die Ehre.

Sowohl der Bundesvorsitzende Oberst André Wüstner als auch Minister Boris Pistorius (SPD) haben als wichtigen Auftrag die Personalgewinnung und Personalbindung bei der Truppe erkannt: „Der Aufwuchs auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten kann nur gelingen, wenn die Bundeswehr konkurrenzfähig bleibt und noch mehr wird. Es ist wünschenswert, wenn wir bald ein Personalpaket haben, mit dem wir in die Zukunft gehen können“, sagte Wüstner dazu. „Die Bundeswehr muss wachsen, das Thema habe ich fest im Blick“, erklärte Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Die Truppe brauche mehr Frauen und die Strukturen müssten verändert werden. Pistorius: „Die Personalplanung passt nicht mehr ins Jahr 2023. Wir müssen Personal gewinnen und vor allem entwickeln, wenn wir die Menschen in der Truppe haben. Ich freue mich, wenn ich dabei auf die Expertise und Unterstützung durch den BundeswehrVerband zählen kann.“

Der Minister lobte ebenso die enge und vertrauensvolle sowie die sachliche und kritische Begleitung durch den Bundeswehrverband. „Wir haben sicher europaweit eine einzigartige Arbeitsbeziehung. Wir wollen weiter gemeinsam kämpfen und streiten für die Truppe.“

**Pistorius confirms reorganization of the Ministry of Defense - Wüstner: "Long overdue to knock off individual encrustations".**

**The new minister for defence is changing the personal in the ministry. The DBwV Chairman Wüstner welcomes this step and finds it necessary since a long time ago. This shows the courage and structuredness of the new minister.**

Boris Pistorius treibt den Umbau seines Verteidigungsministeriums weiter voran: Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) sowie die Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen im BMVg bekommen eine neue Spitze. Das bestätigte der Verteidigungsminister in einem Schreiben, das unserer Redaktion vorliegt. Ebenso bestätigte Pistorius, dass ein neuer Planungs- und Führungsstab eingerichtet wird, den Brigadegeneral Dr. Christian Freuding leiten soll.

Der Bundesvorsitzende, Oberst André Wüstner, begrüßte die anstehenden Veränderungen: „Es ist längst überfällig, einzelne Verkrustungen abzuschlagen, Strukturen neu zu ordnen und so die Führungsfähigkeit des Ministeriums zu verbessern. Und: „Der Verteidigungsminister macht das mit Bedacht, mutig, ohne Übermut, und mit dem Ziel, schnellstmöglich in den Kategorien Ausrüstung, Infrastruktur und Personal Fortschritte zu erzeugen.“

„Er beginnt somit, erste Weichen zu stellen und er wird auch noch weitere zu stellen haben – auch außerhalb des Ministeriums. In der Truppe wird das positiv wahrgenommen“, so Wüstner weiter. „Jeder weiß, dass wir bezogen auf den Schwerpunkt Landes- und Bündnisverteidigung Veränderungsbedarf haben.“

In dieser Woche hatten Medien über den geplanten Umbau des Verteidigungsministeriums berichtet. Heute kam die Bestätigung in Form eines Schreibens des Ministers, adressiert an die Angehörigen des BMVg. So wird der vor einigen Jahren abgeschaffte Planungs- und Führungsstab wieder eingeführt. Die Leitung soll Brigadegeneral Christian Freuding übernehmen, aktuell noch Leiter des Sonderstabes Ukraine. Laut Informationen der Süddeutschen Zeitung hat sich Pistorius (SPD) zur Vorbereitung lange mit Amtsvorgänger Thomas de Maizière (CDU) unterhalten.

Für den Bundesvorsitzenden ist das eine gute Entscheidung: „Es ist gut und richtig, dass Bundesminister Boris Pistorius wieder einen Planungsstab einführt. Und es freut uns, dass mit Brigadegeneral Dr. Freuding nicht nur eine ausgewiesene Führungskraft, sondern eine Person mit breiter außenpolitischer Kompetenz ist“, sagte Oberst Wüstner. Und: „Manche trugen Dr. Freuding nach, dass er unter einer CDU-Ministerin Adjutant war und wollten seine Förderung verhindern. Anders Pistorius, ihm sind Parteibücher nicht wichtig, für ihn zählen Kompetenz, Vertrauen und Tatkraft. Wir wünschen Brigadegeneral Freuding alles Gute für diese erneut herausfordernde Aufgabe!“

De Maizière hatte den Planungsstab im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr 2012 abgeschafft. Seit 1968 hatte das Ministerium einen solchen Stab für die Erarbeitung und Analyse von zentralen militärstrategischen Zielen.

An die Spitze des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) kommt Roland Börger, ein Fachmann aus dem Ministerium. Er folgt auf Ulrike Hauröder-Strüning, die nach Angaben des Verteidigungsministers bereits in den Ruhestand eingetreten ist. Neuer Abteilungsleiter für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD) im Verteidigungsministerium wird Alexander Götz aus Niedersachsen, ein Experte für die Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz. Er soll Ministerialdirektorin Barbara Wießalla auf diesem Posten beerben.

Nach den Osterfeiertagen will Pistorius seine Pläne im Rahmen von Mitarbeitendenversammlungen vorstellen und den Austausch mit den Angehörigen des BMVg suchen.

Pistorius hatte bereits zuvor eine Reihe von Personalentscheidungen getroffen. Er hat mit General Carsten Breuer bereits einen neuen Generalinspekteur ernannt, eine Staatssekretärin abgelöst und eine neue Präsidentin der Beschaffungsbehörde BAAINBw bestimmt.

### **Bundeswehr cannot fulfill goals of NATO**

**The German Armed Forces cannot fulfill the NATO goals because of the lacking material, weapons and personal. Highly relevant is the promised Division 2025 and overall the deployment capability is insufficient.**

Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, schlägt Alarm: In seinem Schreiben an den Generalinspekteur heißt es, die Bundeswehr könne ihre NATO-Zusagen und Bündnisverpflichtungen nicht erfüllen. Das berichtet die BILD-Zeitung (Paywall), der das 14-seitige Papier vorliegt.

Deutschland hat der NATO bis 2025 eine voll ausgestattete Division zugesagt. „Trotz aller Bemühungen wird die Division 2025 nur eine bedingte Einsatzbereitschaft herstellen können“, stellt Mais fest. Es fehle an Material und Großgerät und letzteres sei „absehbar nicht ausreichend verfügbar“, zitiert die BILD den Generalleutnant.

Der Generalleutnant geht aber noch weiter: Die volle Einsatzbereitschaft der zweiten Division, die die Bundeswehr bis 2027 bereitstellen will, sei „unrealistisch“. Auch diese Division werde nicht ausreichend mit Großgerät ausgestattet sein, so der Inspekteur des Heeres.

Ein weiteres Problem: Die Abgabe von Material an die Ukraine und die Ausbildung ukrainischer Soldaten belaste die Bundeswehr und Sorge schon jetzt für eine „deutlich spürbare Herabsetzung der Einsatzbereitschaft des Heeres“, erklärt Mais. Sein Fazit: Ohne Gegensteuern „wird das Heer im hochintensiven Gefecht nicht durchhaltefähig bestehen“.

Mais fordert in seinem Schreiben einen dauerhaft höheren Wehretat. Das Sondervermögen werde seiner Meinung nach nicht ausreichen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis war kürzlich auch die Wehrbeauftragte Eva Högl gekommen. Um die volle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte herzustellen, sei nach Einschätzung militärischer Experten eine „Summe von insgesamt 300 Milliarden Euro“ notwendig, hieß es im Jahresbericht für 2022. Außerdem müsse sich die Höhe des Verteidigungshaushaltes „in deutlichen Schritten hin zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO bewegen“.

Der Bundesvorsitzende des DBwV, Oberst André Wüstner, ist seit Wochen im Einsatz, um auch zur Einsatzbereitschaft und Situation der Bundeswehr Stellung zu beziehen. Erst kürzlich forderte er die Politik erneut dazu auf, bei der Ausrüstung und Ausstattung der Bundeswehr keine Zeit mehr zu verlieren.

### **Defense report gives poor report card**

**Every year the defense representative publishes a report on the state of the Armed Forces in Germany. This year the report shows again in terrible numbers and figures how much investment**

**the forces need. DBwV Chairman Wüstner demands changes since months but the politicians hesitate.**

"Es hat sich erschreckend wenig getan" – so die Bilanz des Wehrberichts 2022, den die Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages, Eva Högl, vorgestellt hat. Oberst André Wüstner, Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, spricht im Interview mit der "Welt" und bei "Bayern 2" Klartext.

Berlin. Nach der Vorstellung des Wehrberichts hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, die Politik erneut aufgefordert, zu handeln. "Frau Högl stellt mit der Aussage 'Wir haben überall Mängel' den Fachpolitikern und der Regierung ein brutal schlechtes Zeugnis aus. Und dass, obwohl wir mehr als ein Jahr Krieg in Europa haben", sagte er der "Welt".

"Das kann so nicht weitergehen. In der Bundeswehr verzweifelt man, zum Teil ist man wütend. Man fragt sich: Was muss noch passieren, damit die Politik endlich 'den Schuss hört'?", so Wüstner.

Man könne die Bundeswehr problemlos 20 bis 30 Prozent effizienter gestalten. Als Beispiel nennt Wüstner die Panzerhaubitzen, die Deutschland der Ukraine geliefert hat. Das Verteidigungsministerium habe sofort gesagt, dass man nachbestellen müsse. "Wenn es mehrere Monate dauert, bis das Finanzministerium einen Haken macht. Bis dann das Parlament hoffentlich jetzt vor Ostern noch den Haken macht, dann kann man das keinem Bürger dieses Landes erklären." Wüstner fordert: "Wir müssen raus aus diesen alten Verfahren."

Die Lage der Bundeswehr sei weiterhin dramatisch. "Wir als Berufsverband haben schon im vergangenen Jahr gesagt: 'Die Bundeswehr ist immer noch im freien Fall', und da wurden die Augenbrauen hochgezogen. Jetzt kommt Frau Högl und sagt, 'Was muss noch passieren?'. Die Lage ist glasklar beschrieben und wir müssen jetzt Gas geben", erklärte Wüstner im Gespräch mit Bayern 2.

Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl, hatte am Dienstag ihren Jahresbericht 2022 vorgestellt. "Viele der aufgeführten Probleme sind seit Jahren bekannt und schon in früheren Jahresberichten enthalten", hieß es in dem Bericht der Wehrbeauftragten. "Getan hat sich seitdem erschreckend wenig." Aber, wie Högl betonte, sie habe sich zu Beginn ihrer Amtszeit vor drei Jahren das Ziel gesetzt, vor allem auch das Gute, Gelungene und Positive zu sehen: "Das Interesse an der Bundeswehr ist deutlich gewachsen. Unsere Soldaten haben diese Anerkennung auch verdient. Wir können sehr stolz sein auf unsere Soldatinnen und Soldaten. Denn nur von Fehlern und Versäumnissen zu sprechen, das wird unseren Soldatinnen und Soldaten nicht annähernd gerecht."

Bei der Beschaffung fiel das Fazit der Juristin wie folgt aus: "Es dauert alles viel zu lang." Das Material, das die Bundeswehr für die Unterstützung der Ukraine abgeben muss, müsse zügig ersetzt werden. "Die angestoßene Reform der Beschaffungsprozesse muss mit Hochdruck beschleunigt werden. Dafür braucht es veränderte Rechtsgrundlagen und mehr Transparenz durch einen stetig zu aktualisierenden Report über den Stand der Bestellungen, Ausgaben und Anschaffungen. In dem Moment, wo von der Bundeswehr, aus der Truppe, Material an die Ukraine geliefert wird, muss hier sofort nachbestellt werden. Auch die Industrie ist an der Stelle in der Verantwortung. Die Erkenntnis ist da, jetzt muss endlich umgesetzt werden."

Die 100 Milliarden Euro Sondervermögen würden nicht reichen, um die vollständige Einsatzbereitschaft der Bundeswehr wiederherzustellen. Nach Einschätzung militärischer Experten sei dafür eine "Summe von insgesamt 300 Milliarden Euro" notwendig, schrieb Högl in ihrem Jahresbericht. "2022 ist noch kein Cent aus dem Sondervermögen bei den Soldaten angekommen", hieß es. Geld müsse nicht nur in Material, sondern auch in die persönliche Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten investiert werden. Außerdem seien zweistellige Milliardenbeträge erforderlich, um die Munitionsbestände aufzufüllen und Munitionslager zu bauen. Diese Summen seien im Sondervermögen nicht enthalten, sondern seien aus dem regulären Verteidigungshaushalt zu finanzieren.

Der Bericht sah auch einige positive Ansätze. Dazu zählte zum Beispiel, verstärkt auf marktverfügbares und damit schneller zu beschaffendes Gerät zu setzen sowie die rasch erfolgte Anhebung der Grenze von Direktvergaben von 1000 auf 5000 Euro. Auch die 2022 getroffenen Entscheidungen, F-35, neue Transporthubschrauber oder auch neue Sturmgewehre sowie digitale Funkgeräte zu beschaffen, "weisen auf den richtigen Weg".

Ein weiteres Thema: Personal. "Bis zum Ziel, die Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf 203.000 im Jahr 2031 zu erhöhen, ist es noch ein langer Weg", stellte der Bericht nüchtern fest. "Zumal sich die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber im Jahr 2022 mit einem Minus von elf Prozent erheblich verringert hat."

Weitere Probleme würden der steigende Altersdurchschnitt und die gestiegene Abbrecherquote machen: "Bei den Zeitsoldatinnen und -soldaten, die von Januar bis Mai 2022 ihren Dienst bei der Bundeswehr begannen, haben 27 Prozent von ihnen innerhalb der ersten sechs Monate Probezeit den Dienst wieder quittiert, im Heer waren es sogar fast 33 Prozent." Als Konsequenz daraus müsse die Bundeswehr ihre bisherigen Anstrengungen zur Personalgewinnung noch einmal massiv verstärken.

Ein weiteres Thema, bei dem es ebenfalls bekanntermaßen hakt: die Infrastruktur der Bundeswehr. "Zu viele Kasernen in Deutschland sind in einem erbärmlichen Zustand. Wenn alles so bleibt wie bisher, würde es etwa ein halbes Jahrhundert dauern, bis die Infrastruktur der Bundeswehr komplett modernisiert wäre", hieß es.

### **Munich Security Conference kicks off - DBwV Federal Chairman in demand as expert**

**The Munich Security Conference is known all over the world as one of the most important conference for experts in the field of security. The Chairman of the DBwV held a speech including the topic, how the Armed Forces can be better equipped.**

Es ist die weltweit wichtigste Expertenkonferenz zur Sicherheitspolitik: Die Munich Security Conference. Auch der Bundesvorsitzende des DBwV, Oberst André Wüstner, ist als Experte mit dabei.

München/Berlin. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, spricht auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die am heutigen Freitag (17. Februar) beginnt. Oberst Wüstner wird als Experte im Rahmen des Roundtables „Equipping the Bundeswehr – Wie kommt die Bundeswehr zur bestmöglichen Ausrüstung?“ auftreten, und zwar innerhalb des Themenblocks „Ausrüstung aus Sicht von Parlament und Bundeswehr“.

Weitere hochkarätige Teilnehmer dieses Themenblocks sind:

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag

General Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr

Eva Högl (SPD), Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

Florian Hahn (CSU), verteidigungspolitischer Sprecher der Union

Michael Gahler, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Die Munich Security Conference gilt als weltweit wichtigste Expertenkonferenz zur Sicherheitspolitik. Von Freitag bis Sonntag werden rund 40 Staats- und Regierungschefs, rund 100 Minister und mehrere Chefs von internationalen Organisationen in München erwartet.

Dazu zählen neben US-Vizepräsidentin Kamala Harris auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der französische Präsident Emmanuel Macron und Chinas oberster Außenpolitiker Wang Yi. Aus der Ukraine wird unter anderem Außenminister Dmytro Kuleba in München erwartet.

Russland ist nicht eingeladen. „Für dieses Jahr bin ich auch nach Gesprächen mit Regierungsvertretern zum Schluss gekommen, dass Moskau keinerlei Abstriche bei seiner Maximalforderung macht, nämlich die Ukraine vollständig zu unterwerfen“, hatte Sicherheitskonferenz-Chef Christoph Heusgen im „Tagesspiegel“ gesagt. „In dieser Lage wollte ich einem Sergej Lawrow (russischer Außenminister, Anmerkung d. Red.) nicht die Bühne bieten für seine unerträgliche Propaganda.“

Auch ohne Russland bleibe der Wert, dass man auf der Konferenz „abseits des öffentlichen Erwartungsdrucks miteinander reden kann, bestehen“, so Heusgen, und nennt ein Beispiel: „Nach dem abgesagten Besuch des amerikanischen Außenministers in Peking kommt es vielleicht in München hinter den Kulissen zu einem Gespräch mit seinem chinesischen Gegenüber. Auch die Länder des Balkan haben hier die Gelegenheit, ihre Meinungsverschiedenheiten zu besprechen.“

Der bereits veröffentlichte Munich Security Report dient wie jedes Jahr als Diskussionsgrundlage für die Konferenz. Ein großer Punkt ist der Systemwettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien. Der russische Angriffskrieg spielt dabei natürlich eine Rolle – laut Studie ist es aber nicht das einzige Zeichen dafür, dass Autokratien an Stärke gewinnen.

Es ist die erste Sicherheitskonferenz seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vor einem Jahr. Klicken Sie hier, um zur Multimedia-Reportage „Ein Jahr Ukrainekrieg“ zu gelangen.

### **Collective agreement result can keep pace with other sectors**

**The mediators of the collective bargaining reached a consensus. The DBwV and its members welcomed the decision which was at previous bargainings always transferred to the conditions for the Armed Forces.**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nach zähen Tarifverhandlungen haben es die Schlichter gerichtet und eine Empfehlung vorgelegt, die die beteiligten Verhandlungspartner angenommen haben. Realistisch gesehen kann man mit dem Ergebnis zufrieden sein. Es kann – trotz der Unterschiede im Detail – mit den Tarifabschlüssen in

anderen Branchen wie in der Chemie- und Metallindustrie mithalten. Auch dort müssen die Beschäftigten einen Reallohnverlust hinnehmen.

Ebenso im öffentlichen Dienst beim Bund und in den Kommunen gibt es – wenn auch sehr aufgesplittet – einen steuer- und sozialabgabenfreien „Inflationsausgleich“. Dieser entspricht einer (befristeten) Einkommenssteigerung in Höhe zwischen 2,6 Prozent in den höchsten, bis zu 10,9 Prozent in den niedrigsten Entgeltgruppen. Verglichen mit der Gewerkschaftsforderung (10,5 Prozent bei mindestens 500 Euro) kämen zumindest die untersten Entgeltgruppen prozentual, jedoch nicht hinsichtlich des Mindestbetrags, heran.

Die dauerhafte und rentenwirksame Entgeltsteigerung erfolgt erst nach 14 Monaten. Dann jedoch mit einem sehr wichtigen Bestandteil, der Erhöhung der gesamten Entgelttabelle um den Sockelbetrag von 200 Euro. Neben der Berücksichtigung der gestiegenen Verbraucherpreise wird auch ein Abstand zum gesetzlichen Mindestlohn gewonnen. Durch die anschließende, lineare Erhöhung von 5,5 Prozent bei Sicherstellung des Erhöhungsbetrags von 340 Euro (einschließlich des Sockelbetrags) werden die untersten Entgeltgruppen einen weiteren angemessenen Abstand zum Mindestlohn gewinnen. Allerdings könnte sich dieser Abstand vor dem Hintergrund der zu Ostern aufgekommenen Diskussion, den Mindestlohn in 2024 auf über 14 Euro zu erhöhen, schnell wieder relativieren, mit der Gefahr, dass Teile der Entgeltgruppe 1 wieder unter den gesetzlichen Mindestlohn geraten. Da sich die Anzahl der in dieser Entgeltgruppe eingruppierten Beschäftigten beim Bund im untersten zweistelligen Bereich bewegt, wäre es überlegenswert, diese Entgeltgruppe zukünftig zu streichen und die Entgeltordnung entsprechend anzupassen. Denn für den öffentlichen Dienst ist es psychologisch kein Attraktivitätsargument, wenn die Entgeltstruktur unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns beginnt.

Unter dem Strich kann sich insbesondere der zweite Teil des Tarifergebnisses sehen lassen. Die Entgeltsteigerungen belaufen sich insgesamt durchschnittlich auf 11,5 Prozent, in den untersten Entgeltgruppen sogar bis zu 16,7 Prozent – auch wenn man an den geforderten Mindestbetrag nicht herankommt. Ein Teil der älteren Beschäftigten wird jedoch mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein, da der Tarifvertrag zur Regelung flexibler Arbeitszeiten für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) nicht mehr verlängert wird. Trotz der unattraktiven Bedingungen gegenüber den 2009 ausgelaufenen Regelungen im Tarifvertrag Altersteilzeit und im TV UmBw sind sie an der Altersteilzeit des TV FlexAZ interessiert.

Nun gilt es, zügig ein Gesetz auf den Weg zu bringen, um das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich für die Besoldungs- und Versorgungsempfänger zu übertragen.

## **Close to home, future-oriented and assertive**

**The northern district held its state executive committee with around 240 delegates. In three days important positions and roles will be elected. Beside the elections there will be talks in different groups about future collaboration.**

In Damp hat die Landesversammlung Nord 2023 begonnen. Die dreitägige Veranstaltung steht unter dem Motto „Der Norden - Heimatverbunden, Zukunftsorientiert und Durchsetzungsstark“. Rund 240 Delegierte sind angereist, um einen neuen Landesvorstand zu wählen, darunter den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Zu den Gästen zählen der Bundesvorsitzende Oberst André Wüstner sowie Vertreter der drei anderen Landesverbände des DBwV.

Der Landesvorsitzende Oberst Thomas Behr eröffnete die Versammlung und hieß den Vizepräsidenten des Landtages von Schleswig-Holstein, Peter Lehnert (CDU), willkommen. Der ehemalige Soldat auf Zeit und Reserveoffizier arbeitete in seinem Grußwort das gewachsene Bewusstsein für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik heraus. Neben den erforderlichen finanziellen Mitteln für die Bundeswehr und der notwendigen personellen Ausstattung forderte der Politiker, dass der Dienst in der Bundeswehr durch die Gesellschaft als etwas Selbstverständliches wahrgenommen werden muss.

Per Videobotschaft sprach der Stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr zu den Teilnehmern. Generalleutnant Markus Laubenthal stellte in seinen Ausführungen fest: „Auf die Bundeswehr ist Verlass, wir sind da, wenn wir gebraucht werden.“ Die Zusammenarbeit mit dem Verband lobte er ausdrücklich: „Gerade wenn es um die Menschen in der Bundeswehr geht, zähle ich auf den Deutschen BundeswehrVerband. Ich weiß, dass ich mich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit ihnen verlassen kann.“ Abschließend dankte er den Ehrenamtlichen für ihre engagierte Arbeit und wünschte der Versammlung viel Erfolg.

Routiniert ging es dann in der Tagesordnung weiter. Die Versammlung stimmte für die nächste Wahlperiode der Beibehaltung des Amtes eines stellvertretenden Vorsitzenden der Ehemaligen, Reservisten und Hinterbliebenen (ERH) zu. Anschließend erfolgte die Wahl des Tagungspräsidiums mit Oberstleutnant Heiko Tadge an der Spitze. Dieser übernahm umgehend die Leitung der Versammlung, es folgten Abstimmungen über den Wahl- und den Redaktionsausschuss. Damit endete die 1. Plenarsitzung der Landesversammlung 2023. Im Anschluss daran trafen sich die Delegierten innerhalb ihrer Bezirke, gefolgt von Teilversammlungen der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche sowie der ERH-Mandatsträger. Alles zeitlich mit offenem Ende, am Donnerstag geht es im Plenum mit dem Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes für die ablaufende Amtszeit weiter.